

13. Gesetzliche Festlegung der Obergrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden

Parlamentarische Initiative Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) vom 23. September 2024
KSSG Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
KR-Nr. 330/2024

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Wir stehen heute vor einer wichtigen Entscheidung, die sowohl unsere Gemeinden als auch das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Kanton und den Gemeinden betrifft. Unser Antrag zur Anpassung des Sozialhilfegesetzes ist ein dringend notwendiger Schritt, um die Zürcher Gemeinden zu schützen und zu entlasten. Die Zürcher Gemeinden befinden sich bei der Bewältigung der Asylthematik am Limit, physisch, organisatorisch und finanziell. Der Platz für neue Unterkünfte ist aufgrund der steigenden Zuwanderung und des akuten Wohnraummangels extrem begrenzt. Der Wohnungsmarkt ist überhitzt und die knappen Baulandreserven sind für öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten reserviert. Eine solche Ausgangslage lässt wenig Raum für die Unterbringung von Asylsuchenden. Der Bund oder, besser gesagt, SP-Bundesrat Beat Jans schiebt den gesamten Asylruck an die Kantone ab. Er schliesst selber auf Stufe Bund entsprechende Zentren, obschon Kantone und Gemeinden am Limit sind. In den Kantonen wiederum – bei uns im Kanton Zürich ist es so – wird dieser Druck dann entsprechend an die Gemeinden weitergegeben, ein grosser Teil dieses Drucks. Dies führt zu Frust, finanziellen Lasten, einer verunsicherten und verärgerten Bevölkerung und auch zu Problemen respektive Verunsicherung und Verärgerung in den Exekutivbehörden. Es ist daher Zeit, dass wir eine klare, festgeschriebene Grenze setzen, um Planbarkeit und Verlässlichkeit für die Zürcher Gemeinden sicherzustellen.

Genau das möchten wir mit der PI. Unsere Forderung, die Aufnahmequote auf im Maximum 1 Prozent der Wohnbevölkerung zu beschränken, ist weder überzogen noch unberechtigt. Vor dem Ukraine-Krieg lag dieser Wert nämlich bedeutend tiefer. Unser politisches System baut auf dem Prinzip der Subsidiarität auf. Doch genau dieses Prinzip wird durch die aktuelle Asylpolitik zunehmend ad absurdum geführt. Subsidiarität bedeutet nämlich nicht, unangenehme Lasten von dort, wo sie entschieden werden, einfach auf die unterste Staatsebene abzuschieben. Die Menschen in den Gemeinden vertrauen darauf, dass Lokalpolitiker die besten Entscheidungen für ihre Gemeinschaft treffen. Aber wenn Gemeinderäte nur noch damit beschäftigt sind, Lasten des Bundes zu schultern, anstatt ihre eigenen Prioritäten zu setzen, dann geht das Vertrauen in die lokale Demokratie verloren. Und wir haben das gesehen, alle, welche die Situation über die letzten Monate analysiert haben, wie oft an Gemeindeversammlungen entsprechende Kredite für solche Bauten abgelehnt wurden. Das zeigt doch stark auf, dass wir hier ein grosses Thema haben. Das politische System auf Gemeindeebene ist nicht dafür geschaffen, Lasten aufzufangen, die der Kanton und der Bund partout nicht tragen wollen.

Und aus diesen Gründen bitten wir Sie: Sagen Sie Ja zu unserer PI, sagen Sie damit auch Ja zu einer gerechten Lastenverteilung zwischen den Gemeinden, zwischen Kanton und Bund, und helfen Sie mit, dass dieses Thema in der zuständigen Kommission eingehend beraten werden kann. Besten Dank.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Ich verlese Ihnen hier das sehr persönliche Votum meines abwesenden Fraktionskollegen Yie Wey Te:

«Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Finanz- und Liegenschaftenvorsteher in Unterengstringen und bin im kommunalen Sozialausschuss. Vor allem aber bin ich Sohn einer Kriegsflüchtlingsfamilie, der nach langer Zwangsarbeit vor den Roten Khmer die Flucht (*aus Kambodscha*) gelungen war und die vor über 45 Jahren in der Schweiz Asyl erhalten hat. An dieser Stelle ergreife ich die Gelegenheit und möchte im Namen der ganzen Familie Te Lin, der Schweiz und dem Kanton Luzern, wo wir ansässig wurden, ganz herzlich danken.

Gute Asylpolitik ist äusserst wichtig. Sie ist wichtig, damit die Flüchtlinge die notwendigen Massnahmen zur Schutzgewährung und Unterstützung zur Integration erhalten. Sie ist wichtig, damit das Asylwesen auch langfristig Bestand haben kann. Sie ist wichtig, damit unsere Bevölkerung dahintersteht und sie als Stütze mitträgt. Eine gute Asylpolitik ist vor allem dann wichtig, wenn ausserordentliche Situationen vorherrschen. Seit drei Jahren befinden wir uns in einer solchen Situation.

Wo stehen wir heute in der Asylpolitik? Auf Bundesebene haben sie es nicht geschafft, das Asylwesen der heutigen Situation in der Schweiz anzupassen. Sie haben es nicht geschafft, zu antizipieren, welche Herausforderungen auf die Kantone und Gemeinden zukommen. Die Gemeinden stehen heute vor grossen Herausforderungen bei der Unterbringung. Die heutige Strategie führt dazu, dass auch Gemeinden sich am Wohnungsmarkt bedienen, welcher bereits kritisch ausgetrocknet ist. Ausserdem führt es dazu, dass Gemeinden Asylunterkünfte errichten müssen, welche jedoch des Öfteren bereits von der Stimmbevölkerung abgelehnt wurden. Diese Herausforderungen, diese Probleme sind real. Der Kanton Zürich braucht eine Asylpolitik, die Rücksicht auf unsere Bevölkerung nimmt. Ohne den Halt der Bevölkerung ist die FDP und bin ich klar der Überzeugung, dass es keine gute Asylpolitik geben kann.

Die FDP fordert mit dieser Initiative eine kantonale Gesetzesanpassung, welche verlangt, dass in Zukunft nicht nur die Gemeinden, sondern auch der Kanton Zürich bei ausserordentlich hohen Flüchtlingsströmen in die Schweiz für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Asylsuchenden sorgen soll. Ausserdem fordert die FDP sinnvolle Zuweisungen von Asylsuchenden an Gemeinden. Deshalb sollen den Gemeinden nur Personen zugewiesen werden, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen sind und die keinen Nichteintretensentscheid erhalten haben. Nur gemeinsam können wir die ausserordentlichen Herausforderungen im Asylwesen meistern.

Um das Vertrauen in die Asylpolitik wiederherzustellen, ist es wichtig, dass der Missbrauch konsequent verhindert wird. Wir brauchen eine Asylpolitik, die den

echten Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten hilft. Indem man die illegale Migration stoppt und diese rückgängig macht, schafft man Plätze für die Schutzbedürftigen. Eine gute Asylpolitik ist für mich eine Herzensangelegenheit. Denn die Schweiz kann auf zahlreiche Beispiele erfolgreicher Integration von Flüchtlingsgruppen zurückblicken. Ehemalige Flüchtlinge aus Ländern wie Kambodscha, Tibet, Vietnam, Kroatien oder dem Kosovo, um nur einige zu nennen, haben sich hier beruflich etabliert, sind erfolgreich und geniessen heute breite Anerkennung in der Gesellschaft. Diese Erfolgsgeschichten belegen, dass mit der richtigen Unterstützung und dem Willen zur Integration diesen Menschen ermöglicht wird, einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaft und Stabilität der Schweiz zu leisten. Sie sind ein Beweis dafür, dass es sich lohnt, sich für eine gute Asylpolitik einzusetzen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass unsere Asylpolitik besser wird, und unterstützen Sie mit uns diese Pl. Yiea Wey Te.»

Alan David Sangines (SP, Zürich): Ich habe jetzt wirklich versucht gut zuzuhören, was die Argumente der FDP und SVP für diese starre gesetzliche Grenze in der Asylpolitik sind, die unser System völlig durcheinanderbringen und eben die Aufteilung der Verbundaufgabe Kanton und Gemeinden aushebeln würde. Was ich aber schon sagen muss, ist: An dieser ganzen Debatte und auch an dieser Forderung ärgert mich am allermeisten die absolute Heuchelei, die wir von der SVP schon lange kennen, aber auch zunehmend von der FDP. Ich muss auch lachen, der erste Satz der FDP in der letzten Medienmitteilung im November oder Dezember war, «Es weht ein neuer Wind in der FDP», womit man sagt, «okay, jetzt gehen wir auch in diese Richtung».

Zuerst müssen wir einmal schauen, warum die Gemeinden finanziell belastet sind, wie wir das gehört haben. Sie haben gesagt, der Druck komme vom Bund auf den Kanton, und der Kanton gebe den Druck den Gemeinden weiter. Davor warnen wir seit Jahren. Und dass diese Last, wie Sie sagen, diese finanzielle Last den Gemeinden übertragen wurde, das ist zu einem grossen Teil der Küche von SVP und FDP in diesem Kantonsrat zu verdanken. Denn als es darum ging, die Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene zu streichen, haben wir davor gewarnt, dass das bedeutet, dass die Kosten für die Unterbringung und Finanzierung der vorläufig Aufgenommenen voll auf die Gemeinden einschlagen werden. Sie haben das im Kantonsrat durchgedrückt, im Volk haben Sie eine Mehrheit erhalten. Aber wir haben davor gewarnt, dass die Kosten auch in die Gemeinden gehen. Und jetzt stehen Sie hier und sagen: Oh, die Gemeinden können all diese Kosten nicht tragen. Als es darum ging – nur um weitere Beispiele zu nennen –, die Gemeinden zu entlasten, indem beispielsweise vorläufig Aufgenommene, die sich integriert haben, Stipendien erhalten, haben sie das Referendum ergriffen, erfolgreich im Volk, muss man sagen, erfolgreich – Sie lachen oder Sie sind stolz darauf. Aber das hätte die Finanzen der Gemeinden auch entlastet, weil die Leute sich hätten

ablösen können. Also alles, jeder Vorschlag, den wir zur Integration, zur Entlastung der Finanzen der Gemeinden bringen, wird von eurer Seite immer und immer wieder bekämpft.

Und wieso haben wir diese Engpässe? Auch da hausgemacht, FDP. Karin Keller-Sutter (*Bundesrätin*), damals als Justizministerin, hat eine Medienmitteilung veröffentlicht und gesagt: Ja, wir werden massiv runterfahren. Ich zitiere sie, als man die Zentren des Bundes geschlossen und das Personal abgebaut hat, um die Asylgesuche zu bearbeiten: «Sollten die Gesuchszahlen steigen, können wir vorübergehend Unterbringungsplätze innerhalb von vier bis zwölf Wochen wieder reaktivieren.» Das war das Bekenntnis, das Versprechen, als es gestrichen wurde, und jetzt beklagt ihr euch, dass zu viele Leute zugewiesen werden mit hängigen Asylgesuchen. Also auf jeder Ebene, wenn es darum geht, ein Problem zu lösen, schiebt ihr euch das gegenseitig zu: Der Bund ist schuld, der Bund gibt es den Kantonen weiter. Wenn es im Ständerat Abstimmungen für die Container in den Militäranlagen gibt, lehnt ihr ab. Also auf jeder Ebene wird es immer abgelehnt. Dabei hättet ihr eigentlich ziemlich gute Sozialvorstehende, auch in der Soko (*Sozialkonferenz Kanton Zürich*) seid ihr gut vertreten. Aber ihr hört ja nie auf diese Leute. Wir werden im März auch wieder eine parlamentarische Initiative (*KR-Nr. 26/2018*) hier behandeln, die wir in der KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) abgeschlossen haben, mit der wir auch die Gemeinden entlastet hätten, aber ihr seid dagegen. Also wirklich, ihr sagt, wir müssten die Herausforderungen gemeinsam angehen, das hat Linda Camenisch vorher aus dem Votum abgelesen. Aber ihr bietet nirgends Hand dafür, nirgends. Es wäre wirklich an der Zeit, dass ihr auch einmal auf uns zukommt. Wir versuchen, dauernd Lösungen zu finden, aber ihr lehnt alles ab, was die Verbesserung, die Integration und die Entlastung der Gemeinden betrifft. Wir werden die Debatte hier noch führen. Ich bin dann gespannt auf Ihre Rückmeldungen, jedes Mal, wenn Sie sich gegen die Soko stellen und gegen die Entlastung der Gemeinden.

Und jetzt diese starre Grenze von einem Prozent einzufordern, ist schlicht illusorisch. Und es bedeutet nicht, dass weniger Leute kommen. Es bedeutet einfach, dass die Leute viel länger in den kantonalen Zentren parkiert sind. Und wo werden die kantonalen Zentren errichtet? Bitte Freiwillige von SVP und FDP vor, wo man dann diese Zentren, die kantonalen Zentren, in den Gemeinden, errichtet, wo die Leute dann einfach länger bleiben. Denn hier werden sie sein, da ändert sich nichts daran, wenn man jetzt die Quote auf 1 Prozent reduziert. ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Sandra Bienek (GLP, Zürich): Die GLP lehnt die vorliegende Initiative ebenfalls ab, da sie unseres Erachtens die Probleme nicht löst, sondern nur verschiebt. Im März 2019 trat in der Schweiz das neue Bundesasylverfahren in Kraft. Seither sollten die Verfahren beschleunigt in den Bundesasylzentren durchgeführt werden. Viel zu oft werden auch die Verfahren ins erweiterte Verfahren überführt, weil der Bund die Verfahren nicht in der Frist erledigen kann. Das eigentliche Problem, das hier vorliegt, ist der Pendenzenberg des Bundes. Herr Regierungsrat

Mario Fehr hat letztes Jahr deswegen auch schon Warnsignale nach Bern gesendet. Die langen Verfahren sowie die Schliessung der Bundesasylzentren sorgten für Kritik.

Wir von der GLP sind ebenso der Meinung, dass Dysfunktionen im Asylsystem am Ende nicht von jeder Gemeinde einzeln getragen werden sollen, die Belastung ist zu gross. Bedeutend ist aber vielmehr, dass der Bund rasch und sorgfältig die Triage vornimmt und hierfür die notwendigen Ressourcen auch zur Verfügung stellt. Genauso wichtig ist es, dass die Personen, die einen Aufenthaltsstatus erhalten, direkt den Gemeinden zugewiesen und gut integriert werden können.

Der vorliegende Vorschlag ist keine Lösung, sondern verschiebt das Problem. Die Asylsuchenden verbleiben in kantonalen Unterbringungen, wie soeben Herr Alan Sangines erklärt hat. Diese Unterbringungen sind als Durchgangszentren konzipiert. Familien und Einzelpersonen können dann jahrelang dort verweilen. Man muss extra Schulen für die Kinder errichten, und es kommt zu einer gewissen Abschottung, was wir nicht wollen. Früher oder später wird der Kanton ohnehin dann wieder mit den Gemeinden eine Lösung finden müssen.

Der vorliegende Vorschlag ist auch nicht praktikabel. Wenn wir die Aufnahmequote der Gemeinden auf 1 Prozent der Bevölkerung reduzieren: Wie wird dann entschieden, welche Personen mit einem Aufenthaltsstatus in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen und welche in den Zuständigkeitsbereich der Kantone? Wird das dann wieder per Los entschieden? Das Einzige, was dann passiert, ist, dass wir eine Doppelspurigkeit haben. Die einen, für die der Kanton eine Lösung finden muss, für die anderen die Gemeinden. Es kommt zu einer Doppelspurigkeit, und wir wissen, dass das einen erhöhten Koordinationsbedarf erfordert und dann auch wieder mit erhöhten Kosten verbunden ist. Also ihr generiert mit eurer Lösung nur neue Probleme, neue Kosten und keine effiziente Integration für Personen, die auch wirklich hierbleiben dürfen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Die FDP und die SVP möchten eine Obergrenze festlegen. Es soll eine Aufnahmequote von Asylsuchenden für Gemeinden bei 1 Prozent festgelegt werden. Die Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone erfolgt nach einem gesetzlich definierten Verteilschlüssel. Dieser richtet sich nach dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Kantons an der Gesamtbevölkerung der Schweiz. Der Kanton wiederum verteilt Asyl- und Schutzsuchende auf die Gemeinden. Eine Obergrenze festlegen zu wollen und quasi mitzuteilen, «das Boot ist voll», das zeugt von mangelnder Solidarität gegenüber den Geflüchteten. Ich frage mich, wie Sie sich das vorstellen. Selbst wenn der Kanton die Betreuung aller Personen über 1 Prozent übernehmen würde, müsste er dies in Zentren in verschiedenen Gemeinden tun. Das würde dann zu einem unwürdigen Spiel führen, in welcher Gemeinde zum Beispiel ein Zentrum stehen soll. Und einzelne Gemeinden würden überproportional belastet werden. Das wäre unsolidarisch. Gemäss Artikel 62 Absatz 2 der Bundesverfassung sorgen die Kantone für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offensteht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Diese Bestimmung gilt ebenfalls für Kinder von

Ausreisepflichtigen. Der Kanton hat den Zugang zur Schule zu ermöglichen, diesen nötigenfalls bei der Standortgemeinde durchzusetzen. So führt der Kanton ja auch keine eigenen Volksschulen und die Kinder wären dann wieder bei den Gemeinden.

Dass es Gemeinden gibt, in denen Kreditanträge für Asylanlagen abgelehnt werden, geht auf Ihre Kappe, geschätzte SVP und FDP. Wenn dauernd von «Asylchaos» gesprochen und Angst geschürt wird, wundert mich das nicht. 1990 und 1999 verzeichnete die Schweiz ähnlich hohe oder deutlich höhere Zahlen von Asylgesuchen. Der Kosovo-Krieg bescherte der Schweiz damals ein Rekordjahr. 1999 gingen insgesamt 47'513 Asylgesuche ein. Bund, Kantone und die Gemeinden sind also nicht das erste Mal gefordert. Und am Ende bestimmen Kriege, Katastrophen und fehlende Perspektiven die Fluchtbewegungen und nicht der Kanton Zürich. Stehlen wir uns nicht aus der Verantwortung und lehnen diese unsolidarische und nicht zu Ende gedachte PI ab.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Manchmal fällt es mir schon schwer, die Logik der SVP und der FDP zu verstehen, und ich frage mich, ob Sie sich Gedanken über die Konsequenzen machen, die Ihre Vorstösse haben würden. Wie stellen Sie sich das vor? Die Zahl der Geflüchteten, die zu uns in die Schweiz kommen, lässt sich nicht per Dekret beschränken. Es kommen so viele, wie eben kommen, und es ist unsere humanitäre und menschenrechtliche Pflicht, den Schutzbedürftigen Schutz zu bieten. Und verstehen Sie mich nicht falsch, wir von der AL haben grosses Verständnis für die schwierige Situation der Gemeinden, die in dieser Zeit mit der Unterbringung und der Betreuung der Geflüchteten wirklich viel zu stemmen haben. Ich will das gar nicht kleinreden, die Situation ist herausfordernd auf vielen Ebenen. Aber es darf einfach nicht sein, dass wir unsere Lösungsversuche auf dem Rücken der Schwächsten austragen. Wir können und dürfen an Leib und Leben bedrohte Menschen nicht im Regen stehen lassen, weil irgendeine Quote erreicht ist. Es ist schlicht unmenschlich. Eine Flüchtlingspolitik unter dem Motto «das Boot ist voll» ist eine lebensbedrohliche Flüchtlingspolitik. Um das zu erkennen, muss man nicht mal bis in den Zweiten Weltkrieg zurückschauen.

Ich würde mir in dieser Angelegenheit wirklich eine konstruktivere Debatte wünschen, die kreative Lösungen für die Unterbringungsthematik sucht. Eine lange Unterbringung in Bundesasylzentren oder kantonalen Zentren ist auch keine menschenwürdige Lösung. Als 2022 zehntausende Menschen aus der Ukraine zu uns kamen, hat es die Bevölkerung geschafft, ihnen solidarisch und gemeinschaftlich Schutz zu bieten. Die Schweiz ist als Land und als Gesellschaft zu sehr vielem fähig, das hat sie mehrmals bewiesen und könnte sie wieder beweisen, wenn der Diskurs nur auf Solidarität und Humanität statt Überfremdung und volle Boote gerichtet würde. Auch mein Vater kam damals während des Prager Frühlings (*Niederschlagung von Reformbemühungen in der Tschechoslowakei 1968*) mit seinen Eltern als Flüchtling in die Schweiz. Die gut ausgebildeten Tschechinnen und Tschechen wurden, ähnlich wie die Ukrainerinnen, mit offenen Armen empfangen, weil sie vor der Sowjetunion, also vor den richtigen Feinden, flohen. Es

ist schade, dass sich hier der Wind gedreht hat. Ich verstehe auch nicht, wie man die aktuelle Weltlage mit den vielen aktiven Konflikten überall nur in dem Sinne anerkennt, dass man das Militärbudget erhöhen will. Es ist doch dieselbe Weltlage, die logischerweise dazu führt, dass mehr Menschen auch bei uns Schutz suchen. Niemand will das und niemand findet das gut. Aber wir müssen uns dem gemeinsam stellen und nicht Politik gegen jene machen, die am meisten unter der Situation leiden. Wir lehnen ab.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die EVP lehnt diese PI ab. Sie widerspricht unserem ethischen Grundverständnis und der Verantwortung, die wir als Gesellschaft für Schutzsuchende tragen. Die vorgeschlagene Obergrenze von 1 Prozent setzt ein problematisches Signal. Schutzsuchende sind keine Last, die man minimieren muss, sondern Menschen in Not, die unsere Unterstützung brauchen. Gerade in Zeiten globaler Krisen sollten wir als Kanton Zürich Solidarität zeigen, anstatt auf Abschottung zu setzen. Die Asylpolitik ist eine nationale und kantonale Aufgabe, die von den Gemeinden mitgetragen wird. Eine starre Grenze würde zu einer ungleichen Verteilung führen und die bestehenden, gut funktionierenden Strukturen gefährden. Ja, die Frage würde sich stellen, in welcher Gemeinde wir dann die neuen kantonalen Zentren errichten. Der Kanton hat bewiesen, dass er die Herausforderung mit pragmatischen Lösungen und partnerschaftlichem Dialog bewältigen kann. Wir von der EVP stehen für eine Asylpolitik mit Herz und Verstand und lehnen deshalb ab. Besten Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort für eine kurze Replik hat noch Stefan Schmid.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Eine kurze Replik einerseits zum Vorwurf der Heuchelei von Herrn Sangines: Es geht letztendlich – mindestens der SVP – darum, dass wir, wenn wir über Kosten sprechen, nicht an das Portemonnaie des Kantons oder der Gemeinde denken, sondern an das Portemonnaie jener, welche letztendlich das Ganze zu bezahlen haben.

Dann zu Jasmin Pokerschnig: Du hast gesagt, das Problem, dass solche Kredite abgelehnt werden, sei quasi bei der FDP und der SVP zu verorten. Ich darf dir aber sagen, dass zumindest in meinem Bezirk die SVP und die FDP sieben Gemeindepräsidien stellen. Alle diese Gemeinden erfüllen die Quote, alle diese Gemeinden haben ihre Projekte durchgebracht. Aber es gibt leider Gottes auch Gemeinden, wo solche Kredite abgelehnt wurden. Die Gründe sind mannigfaltig, aber man spürt einfach, dass ein erheblicher Druck besteht.

Dann bezüglich des Votums der GLP: Ja, es geht darum. Es wurde gesagt, wir wollten einfach das Problem verschieben. Ja, wir wollen das Problem verschieben, nämlich sukzessive dorthin, von den Gemeinden zum Kanton und letztendlich vom Kanton zum Bund, weil dort letztendlich die Asylpolitik gemacht wird. Und die Situation an der Grenze Deutschlands zeigt uns, dass die Schweizer Asylpolitik zu lasch ist. Die deutsche Bundespolizei hat im vergangenen letzten Jahr,

in den ersten neun Monaten des letzten Jahres – hören Sie zu –, 53'410 unerlaubte Einreisen registriert und Asylsuchende zurückgewiesen. Von allen Nachbarländern Deutschlands war die Schweiz der Spitzenreiter. Über 9000 solcher versuchten Grenzübertritte entfielen auf die Schweiz. Und an Sie alle, die vermutlich für Schengen-Dublin (*Schengener Abkommen beziehungsweise Dubliner Übereinkommen*) gestimmt haben: Wir sollten solche Zahlen gar nicht bei uns haben, solche hohen Zahlen. Denn es sollten theoretisch nach Schengen-Dublin nur jene hier sein, welche über den Luftweg in die Schweiz gekommen sind. Und da müssen Sie mir nicht sagen, dass wir alles Erdenkliche tun. Und ich akzeptiere auch nicht, wenn gesagt wird, diese Leute seien nun einmal da. Es gibt Länder, die zeigen, dass man das auch etwas steuern kann, und zwar in einem erträglichen Masse, sodass es für die heimische Bevölkerung auch stimmt. Was soll ich einer Seniorin sagen, welche zu mir in der Gemeinde in die Sprechstunde kommt und sagt, sie würde gern ihr Haus aufgeben, sie finde aber in Niederglatt keinen Wohnraum, und wir zeitgleich als Gemeinde Infrastrukturen für Asylsuchende bauen. Da müssen Sie einfach verstehen, dass es in der Bevölkerung etwas brodelte, und wir bieten Hand, um dieses Thema sachlich in der Kommission zu diskutieren und diesen Lösungsansatz zu verfolgen, nicht mehr und nicht weniger. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Ratspräsident Jürg Sulser: Frau Pokerschnig beharrt auf das Wort, weil sie persönlich von Herrn Schmid angesprochen wurde. Ich gebe ihr noch das Wort.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Also, lieber Herr Schmid, es freut mich, wenn in Ihrer Gemeinde oder in Ihrem Bezirk die Bürgerinnen und Bürger den Anlagen zugestimmt haben. Aber es ist nicht gänzlich abzustreiten, dass eine Stimmung geschaffen wird, indem von «Chaos» gesprochen wird – was wir in der Schweiz tatsächlich nicht haben, ein Chaos –, und dass das den Menschen Angst macht. Und das bitte ich die FDP wie auch die SVP, künftig zu berücksichtigen. Und das Thema «Wohnungsnot» ist jetzt, weiss Gott breiter als das Thema «Ge-flüchtete», da müssen wir schon ehrlich sein. Vor allem die FDP muss da ehrlich sein, wenn es um die Zuwanderung geht. Ich glaube, 12 Prozent der zugewanderten Menschen sind Asylsuchende, die Anrecht auf Schutz haben. Es sind irgendwie 80 Prozent, denen eine Schutzwürdigkeit zugestanden wird. Und der Rest, diese 88 Prozent oder wie viele das sind, das ist EU-Zuwanderung, die wir mit unserem Modell der tiefen Steuerfüsse, der Standortförderung anheizen in diesem Land und in unserem Kanton. Und das bitte ich doch, wenn es um das Thema «Wohnen» geht, künftig zu berücksichtigen. Vielen Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Jetzt habe ich wiederum zwei Sprecher, Sandra Bienek und Alan Sangines fühlen sich von Stefan Schmid angesprochen. Ich sage nein, sie wurden nicht angesprochen, und ich gebe ihnen das Wort nicht mehr. (Zwi-

schenrufe, man dürfe zweimal reden.) Nein, darf man nicht, nur wenn man persönlich angesprochen wurde (*Unmutsäusserungen und weitere Zwischenrufe, das dürfe man doch*). Okay, ich gebe Alan Sangines das Wort.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Danke, ich wurde direkt angesprochen. Ich weiss das noch, weil Herr Schmid einer der wenigen bei der SVP ist, der meinen Namen richtig ausgesprochen hat (*Heiterkeit*). Deshalb gratuliere ich, ich habe es ausdrücklich gehört in seinem zweiten Votum. Das heisst, mehr ansprechen kann man mich wahrscheinlich gar nicht.

Herr Schmid hat gesagt, als er mich angesprochen hat, es gehe um das Portemonnaie. Herr Schmid ist es ein bisschen egal, ob es das Portemonnaie des Kantons oder der Gemeinden ist, es seien immer die Steuerzahlenden, die das bezahlen müssen. Aber was hat das ganz genau mit dieser Vorlage zu tun? Denn das Einzige, was Sie machen, ist, dass Sie die Thematik auf die kantonale Ebene verlagern. Und dort sind dann die Leute in den kantonalen Zentren parkiert. Sie haben noch nicht gesagt, wo dann all diese kantonalen Zentren errichtet werden sollen. Und der Punkt ist: Sie gehen deshalb nicht wieder weg. Die Leute sind da und warten darauf, auf Gemeinden verteilt zu werden, wie das auch vorgesehen ist. Und wenn Sie jetzt eine feste Quote von 1 Prozent festlegen, dann wird einfach die Überbelegung der Zentren grösser. Es kommt zu Grosszentren. Die Leute haben länger, um sich zu integrieren. Aus den Zentren gehen sie dann trotzdem in die Schulen der Gemeinden, ihr müsst dann mehr Klassen machen für Grosszentren. Und das Einzige, was passiert, wenn man von Portemonnaie spricht: Das Portemonnaie wird länger belastet, weil die Integration verzögert wird und die Leute parkiert sind. Das ist, was damit geschieht.

Und Sie sagen auch, «ja, wir wollen eigentlich damit nur den Druck auf den Bund erhöhen». Damit haben Sie eigentlich entlarvt, worum es Ihnen geht. Es geht Ihnen überhaupt nicht um die Quote an sich, es geht Ihnen darum, den Druck auf den Bund weiterzugeben. Aber wissen Sie was, wenn man den Bund anschaut: 2023 haben 40'141 Personen aus dem Asylbereich die Schweiz wieder verlassen, durch Rückführungen, durch freiwillige Rückkehr. 2022, ein Jahr vorher, waren es 26'000. Die Zahl der Rückgeführten und Zurückgekehrten hat sich also verdoppelt, als wir diese Quote von 1,6 Prozent schon hatten. Das heisst, Ihre Quote wird überhaupt nichts dazu beitragen, ob die Leute kommen oder nicht kommen. Das Einzige, was Ihre Quotengrenze machen wird, ist, dass die Probleme sich verlagern und die Gemeinden danach schlechter integrierte Schulkinder und Personen haben, wenn sie dann in die Gemeinden kommen, weil sie länger in diesen Grosszentren waren. Und dann werden sie wieder mehr Kosten haben. Das heisst, das Ziel, das Sie erreichen wollen, ist Druck auf die Bundespolitik. Dort verlangt die SVP gefühlt jede zweite Session eine Sondersession zum Asylthema. Dort sind die angesprochenen Probleme, die Sie haben, zu lösen. Aber Sie machen nichts, Sie tragen nichts dazu bei, wenn man einfach die Quote auf ein Prozent reduziert und damit einen Stau in den kantonalen Zentren verursacht. Besten Dank.

Sandra Bienek (GLP, Zürich): Ich wollte einfach darauf hinweisen, dass wir klar die Bundesebene und die kantonale Ebene geregelt haben. Die SVP wird wissen, dass in Artikel 21 Absatz 2 Asylverordnung I geregelt wird, welche Personengruppen dem Kanton zugewiesen werden. Und es geht ja dann darum, dass man sich mit dieser Bestimmung auseinandersetzt, dass man nicht einfach irgendwelche unkreative Lösungen, komplizierte Lösungen, die überhaupt nichts bringen, gestaltet und hier in den Rat reinwirft, sondern man dort die Probleme sachpolitisch anpackt, wo sie auch gegeben sind.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Herr Sangines, vielleicht könnten Sie mir im Nachgang noch die Zahlen geben, ohne den Status S, wie viele Rückführungen durchgeführt wurden auf freiwilliger oder erzwungener Basis. Das ist doch spannend. Und dann einfach, was ich sagen möchte: Die 1-Prozent-Quote ist ein Planungsinstrument für die Gemeinden. Hier wurde von der EVP und auch von der linken Ratsseite angetönt, dass das unmenschlich sei, dass wir die Asylbewerber so schnell wie möglich in die Gemeinden bringen müssten für die Integration. Aber jeder Asylbewerber, der legal aufgenommen wird, dessen Gesuch stattgegeben wird, der kommt direkt vom kantonalen Durchgangszentrum in den Wohnungsmarkt, in die Gemeinden hinaus. Der wird nicht zugeteilt, der fällt nicht unter diese 1-Prozent-Regel. Unter diese 1-Prozent-Quote fallen Status F und S, also abgelehnte Asylbewerber, die man nicht rückführen kann. Wir wollen einfach, dass man diese ein wenig länger zurückhält oder schneller zurückführen kann. Und da ist nicht die Integration an erster Stelle. Die Integration an erster Stelle ist für den Status B, für die anerkannten Flüchtlinge. Die werden aber gar nie dieser 1-Prozent-Quote zugeteilt. Also hier müsste man dann schon differenzieren, wenn man uns das vorhält, dass wir hier kein Herz für Menschen hätten. Jeder Asylbewerber, der anerkannt ist und einen Status B hat, kann direkt vom kantonalen Durchgangszentrum frei wählen, wo er hingehen möchte, in welche Wohnung. Er wird nicht zugeteilt in Asylcontainern in den Gemeinden unter dieser 1-Prozent-Quote. Das muss man differenzieren, das muss hier gesagt sein.

Ratspräsident Jürg Sulser: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 330/2024 stimmen 69 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

